

Philippinen

Zwei Tote bei Flucht vor Vulkanausbruch

Der bevorstehende Ausbruch des Vulkans Taal auf den Philippinen treibt die Bewohner der dicht besiedelten Gegend weiter in die Flucht. Mehr als 80.000 Bewohner brachten sich bislang in Sicherheit. Dabei starben zwei Menschen. Bei den Todesopfern handelt es sich um eine 65 Jahre alte Frau und einen 27 Jahre alten Mann. Sie kamen nach Behördenangaben in den vergangenen Tagen während der Evakuierung durch Herzversagen ums Leben.

Für den Vulkan Taal südlich der Hauptstadt Manila gilt die Gefahrenstufe 4 von 5 - wie schon seit Sonntag. Noch immer könnte ein gefährlicher, explosiver Ausbruch kommen, warnte die philippinische Vulkanbehörde. Hunderte Risse in Felsen und Boden in der Umgebung des Vulkans seien Anzeichen für einen baldigen Ausbruch, warnte die Behörde auf ihrer Webseite.

Nachricht A

[Nachrichtenwert: 2]

Nachricht A - Punktwertung:

Nachrichtenwert: 2
(Grundwert 1 + viele Menschen betroffen 1)

Keine weiteren Multiplikatoren

Nach Obama und Clinton

Sollte Robert De Niro per Briefbombe umgebracht werden?

Schon wieder hält eine Briefbombe die USA in Atem: Nur einen Tag, nachdem Unbekannte an die Privatadressen von Barack Obama (57) sowie Bill (72) und Hillary Clinton (70) Sprengsätze verschickt haben sollen, wurde nun offenbar auch dem Hollywood-Star und bekennenden Trump-Gegner Robert De Niro (75, "Wie ein wilder Stier") ein verdächtiges Paket zugeschickt. Das berichtet die US-amerikanische Seite "TMZ".

Demnach sei die vermeintliche Briefbombe an das Restaurant Tribeca Grill adressiert gewesen, das dem Oscar-Gewinner gehört. Dies habe die New Yorker Polizei der Seite bestätigt. Das Paket habe zudem Ähnlichkeiten mit jenen aufgewiesen, die unter anderem an die Ex-Präsidenten Obama und Clinton verschickt wurden.

FBI und Secret Service erklärten in einem gemeinsamen Statement, dass die verdächtigen Pakete bei einer Routinekontrolle entdeckt wurden. Keines der Pakete habe die Adressaten erreicht und sie seien auch nie in Gefahr gewesen.

Die "New York Times" meldete unter Berufung auf Polizeikreise, dass die Sprengsätze wiederum denen geähnelt hätten, die am Montag am Wohnsitz des Milliardärs und Philanthropen George Soros (88) gefunden wurden. Eine mögliche Verbindung dazu werde untersucht.

Nachricht B

[Nachrichtenwert: 2]

Nachricht B – Punktwertung:

Nachrichtenwert: 2
(Grundwert 1 + kulturelle Nähe 1)

Multiplikatoren:

Reißerisch: Boulevard x 2
Politmagazin x 0,5

Der in China inhaftierte uigurische Hochschullehrer Ilham Tohti ist mit dem Menschenrechtspreis der Stadt Weimar geehrt worden.

Von Ulrich Delius (Verantwortlicher für politische Öffentlichkeitsarbeit bei der Gesellschaft für bedrohte Völker e.V.)

Die Preisverleihung hat eine ganz große Bedeutung für die Menschenrechte in China und für das Anliegen von Ilham Tohti, da er als einer der prominentesten politischen Gefangenen in der Volksrepublik China gilt. Er ist zu lebenslanger Haft verurteilt worden und jetzt seit fast vier Jahren im Gefängnis. Da kann es schnell passieren, dass man auch als engagierter Menschenrechtsaktivist in Vergessenheit gerät. Und deshalb kommt diesem Preis und diesem Mann so eine enorme Bedeutung zu. Er ist nicht nur ein engagierter Menschenrechtler, sondern jemand, der letztlich für die Lösung vieler Probleme in diesem Vielvölkerstaat Volksrepublik China stehen könnte.

Es war eigentlich kaum nachvollziehbar, dass man ihn wegen Separatismus zu lebenslanger Haft verurteilt hat, also der gewaltsamen Loslösung eines Staatsgebietes aus dem Gesamtstaat. Das war gerade das, was er nie betrieben hat. Er hat gesagt: Ich bin Uigure, aber ich lehre hier an der Universität der Nationalitäten in der Hauptstadt und ich versuche, Mittler zwischen den Kulturen zu spielen. Das heißt, ich erkläre der Mehrheitsbevölkerung der Chinesen: Was sind denn die Anliegen der Uiguren? Warum sind die Uiguren so verärgert? Warum fordern sie ihre Menschenrechte ein und warum gibt man sie ihnen nicht? Warum wird das Autonomiegesetz in Xinjiang nicht umgesetzt? Er war ein Anwalt und Mittler zwischen den Kulturen. Und gerade deshalb schien er in den Augen Chinas so gefährlich zu sein, dass man über Monate recherchiert hat und seine Studenten mehr oder weniger zu Aussagen gezwungen hat, um ihn hinter Gitter zu bringen.

Das war für mich, als jemand, der seit über 30 Jahren zu China arbeitet, die erschreckendste Erkenntnis, dass das offizielle China kein Interesse an einem Dialog hat. Es hat kein Interesse an einer Beilegung der Spannungen, sondern setzt auf diese Spannungen. Warum würden sie sonst diesen engagierten Mann, der für sie Schlüssel für alles sein könnte, für Frieden und Stabilität in der Region, warum würden sie den lebenslang wegschließen?

Obwohl es unbestritten ist, dass es in den vergangenen Jahren Terrorattacken von radikalen Uiguren gegen Chinesen gab, hat gerade Tohti diese Gewalt nicht gerechtfertigt, sondern versucht, sie als Folge einer anhaltenden Missachtung von Menschenrechte von Uiguren zu erklären. Dazu gehört auch das faktische Verbot des Austauschs untereinander. Ob der Austausch per Telefon stattfindet, per Skype, in diversen sozialen Diensten: Es ist im Prinzip heute für Uiguren unmöglich, miteinander zu kommunizieren, ohne das Gefühl zu haben, mit einem Bein schon im Gefängnis zu stehen. Es gibt keine andere Region in der Volksrepublik China, in der so massiv Internetfreiheit, Kommunikationsfreiheit, jegliche Form von Bewegungsfreiheit eingeschränkt wird wie in Xinjiang. Und zwar viel stärker als in Tibet. Xinjiang gilt momentan als der Technologie-Hotspot der Sicherheitsbehörden, wo man alles, was man hat, sprich künstliche Intelligenz, Gesichtserkennung etc. testet, um jegliche Bewegung der Menschen, die dort leben, überwachen und steuern zu können. Ähnliches gilt im Behördenalltag: Die Uiguren müssen beispielsweise im Straßenverkehr eine besondere Prüfung zur Befähigung eines Führerscheines ablegen, weil sie in den Augen der chinesischen Sicherheitsbehörden potentiell als Terroristen gelten. Das äußert sich auch darin, dass es keine andere Region in China mit so vielen Verfahren wegen Untergrabung der Staatsgewalt gibt.

Nachricht C

[Nachrichtenwert: 1]

Nachricht C – Punktwertung:

Nachrichtenwert: 2
(Grundwert 1 + viele Menschen betroffen 1)

Multiplikatoren:

komplex: Boulevard x 0,5
Politmagazin x 2

Sachsens Kenia-Regierung ist besiegelt

Das Regierungsbündnis von CDU, Grünen und SPD in Sachsen ist perfekt. Die Spitzen der drei Parteien haben am Freitag den Vertrag über die dritte sogenannte Kenia-Koalition in Deutschland unterzeichnet. Er steht unter dem Slogan "Gemeinsam für Sachsen" und trägt im Untertitel zugleich wichtige Ziele: "Erreichtes bewahren, Neues ermöglichen, Menschen verbinden".

Am Freitagvormittag wurde außerdem CDU-Ministerpräsident Michael Kretschmer im Landtag wiedergewählt und vereidigt. Für den Nachmittag sind die Vorstellung seines Kabinetts und die Vereidigung der Minister geplant. Grüne und SPD übernehmen jeweils zwei Ressorts, die CDU stellt den Chef der Staatskanzlei und sechs weitere Minister. Kenia-Koalitionen gibt es auch in Sachsen-Anhalt und seit diesem Jahr in Brandenburg.

Nachricht D

[Nachrichtenwert: 3]

Nachricht D - Punktwertung:

Nachrichtenwert: 3
(Grundwert 1 + viele Menschen betroffen 1 + geographische Nähe)

Multiplikatoren:

Regionaler Bezug:

Regionalzeitung x 2

Hören China und Russland Trumps Telefonate ab?

China und Russland hören einem Zeitungsbericht zufolge bei Mobilfunk-Telefonaten des amerikanischen Präsidenten Donald Trump mit. Dem Bericht zufolge haben die amerikanischen Geheimdienste von Quellen in den Regierungsapparaten Chinas und Russlands erfahren, dass die beiden Länder sich Zugang zu Trumps persönlichem Mobiltelefon verschafft haben sollen. Außerdem sei dies auch Thema in aufgefangenen Kommunikationen gewesen. Die Quellen, auf die sich die Zeitung beruft, haben demnach gesagt, sie würden dies nicht an die Öffentlichkeit geben, um dem Präsidenten zu schaden, sondern weil sie genervt seien wegen dessen Sorglosigkeit die elektronische Sicherheit betreffend.

China nutze die Informationen aus den mitgehörten Telefonaten für seine politischen Ziele, berichtete die Zeitung. Die Regierung in Peking versuche so herauszufinden, wie Trump denke, wem er zuhöre und wie er am besten zu beeinflussen sei. Wichtigstes Anliegen dabei sei zu verhindern, dass der Handelskonflikt zwischen den beiden weltweit größten Wirtschaftsmächten eskaliere.

Nachricht E

[Nachrichtenwert: 2]

Nachricht E – Punktwertung:

Nachrichtenwert: 2
(Grundwert 1 + kulturelle Nähe 1)

Keine weiteren Multiplikatoren

EU nimmt Deutschland im Haushaltsstreit ins Visier

EU-Haushaltskommissar Günther Oettinger verlangt eine rasche Einigung über den nächsten mehrjährigen Finanzplan der Gemeinschaft und nimmt dabei Deutschland ins Visier. Die Bundesrepublik müsse sich bewegen, sagte Oettinger in Brüssel.

Kommissionspräsident Jean-Claude Juncker sagte zum bisherigen «Geplänkel» im Finanzstreit: «Es reicht jetzt, wir müssen uns beeilen.» Eine Einigung müsse Ende des Jahres, spätestens aber Anfang 2020 stehen.

Die EU-Kommission hatte im Mai 2018 einen Finanzrahmen für die Jahre 2021 bis 2027 vorgelegt. Er umfasst knapp 1,14 Billionen Euro, was 1,11 Prozent der EU-Wirtschaftsleistung entspricht. Deutschland und Länder wie Österreich, Dänemark, Schweden und die Niederlande wollen nicht mehr als 1,0 Prozent ausgeben, während das EU-Parlament 1,3 Prozent fordert. Die Debatte ist besonders kompliziert, weil einerseits neue EU-Aufgaben finanziert werden sollen, andererseits aber nach dem Brexit Milliarden fehlen werden.

Oettinger übte scharfe Kritik an der deutschen Position. Berlin wolle die Ausgaben begrenzen, aber mehr tun für Forschung, für Digitalisierung, für Grenzschutz und für Afrika und gleichzeitig Kürzungen bei den Agrarhilfen vermeiden. «Diese Rechnung der Regierung in Berlin geht noch nicht auf», kommentierte Oettinger.

Juncker hieb im EU-Parlament in dieselbe Kerbe: «Wer denkt, dass europäische Aufgaben der Zukunft innerhalb eines Finanzrahmens von 1,0 Prozent des kollektiven Reichtums der Europäischen Union erledigt werden können, der irrt sich fundamental.» Das werde er den Staats- und Regierungschefs beim EU-Gipfel nächste Woche «noch einmal eindringlich in den Hörkanal einfließen lassen».

Bundesfinanzminister Olaf Scholz (SPD) wies die Kritik zurück. «Deutschland ist bereit, mehr zu zahlen, das weiß jeder, das haben wir sehr früh gesagt», sagte er am Rande des Euro-Finanzministertreffens in Luxemburg. «Da geht es um viele Milliarden zusätzlich, die jedes Jahr aufzubringen sind.» Es sei wichtig, schnell zu einer Lösung zu kommen.

Ohne Großbritannien fehlen dem Finanzrahmen nach Oettingers Worten über sieben Jahre hinweg 84 Milliarden Euro. Der Fehlbetrag soll zum Teil durch Beiträge anderer EU-Staaten aufgefüllt werden, unter anderem aus Deutschland. Oettinger sagte, die CDU, CSU und SPD hätten in ihrem Koalitionsvertrag festgehalten, dass Europa eine stabile Finanzierung benötige und Deutschland bereit sei, mehr einzuzahlen.

Nachricht F

[Nachrichtenwert: 3]

Nachricht F - Punktwertung:

Nachrichtenwert: 3
(Grundwert 1 + viele
Menschen betroffen 1 +
geographische Nähe)

Multiplikatoren:

komplex:

Boulevard x 0,5
Politmagazin x 2

Wald-Protest in Hamburg Baumbesetzer hinterlassen Müll-Berg – und müssen nun blechen!

Sie wollen den Vollhöfner Wald und die Umwelt schützen, errichteten dafür ein Baumhaus, harrten mehrere Tage in Seilen aus. Am Ende hinterließen die Aktivisten in Altenwerder neben einem medialen Echo wohl auch vorrangig eines: Müll. Jetzt steht ihnen eine dicke Rechnung bevor.

Mitarbeiter der Hamburg Port Authority (HPA), Eigentümer des Gebietes an der Alten Süderelbe, mussten nach eigenen Angaben zwei Tage Unrat und Plastik-Reste wie Ketchup-Flaschen und Wäschekörbe aus dem Wald schaffen. Keine leichte Aufgabe, schließlich führen keine Wege in oder aus den Wald. Eine Isomatte trieb im Wasser, Rasierklingen lagen im Laub.

Die HPA wird den von der Polizei kurzzeitig festgenommenen Baumbesetzern die Maßnahmen in Rechnung stellen. „Derzeit liegt noch keine verlässliche Abschätzung oder Ermittlung der Kosten vor“, teilte ein Sprecher auf Nachfrage mit. Die Redaktion weiß jedoch: Die Aktivisten dürfen mit mehreren Tausend Euro rechnen!

Ähnlich hoch wird wohl auch die Rechnung ausfallen, die sie von der Polizei bekommen werden. Vermutlich sogar noch höher: Mehrere Tage zog sich der Einsatz hin, es mussten Kräfte aus anderen Bundesländern dazu geholt werden, außerdem wurden die Besetzer versorgt. Eine Abschätzung, wie hoch die Kosten sein werden, wollte die Polizei auf Nachfrage nicht abgeben.

Sicher scheint aber: Ihr (nicht Müll freier) Protest wird nicht kostengünstig ausfallen. Im Vorwege kündigten die Aktivisten gegenüber unseren Reportern an, immer wieder zu kommen. „Bis der Wald gerettet ist.“

Nachricht G

[Nachrichtenwert: 3]

Nachricht G – Punktwertung

Nachrichtenwert: 3
(Grundwert 1 +
geographische Nähe 1 +
viele Menschen betroffen)

Multiplikatoren:

reißerisch:

Boulevard x 2
Politmagazin x 0,5

Großangelegtes Manöver "Defender 2020" startet Ende Januar

Es ist die größte Verlegung von US-Truppen nach Europa - das NATO-Manöver "Defender 2020", das kommende Woche startet. Ein wichtiger Schauplatz ist Deutschland.

Konvois mit insgesamt 37.000 Soldatinnen und Soldaten bewegen sich durch Europa Richtung Polen und Baltikum. Es werde die größte Truppenverlegung aus den USA seit einem Vierteljahrhundert, sagt die Bundeswehr. Was bekommt die Bevölkerung von dieser Übung mit?

"Wenn es gut läuft, nicht viel. Wir werden natürlich in der Presse, in den Medien informieren. Schlimmstenfalls kommt es zu Staus, zu Verkehrsbehinderungen. Das wollen wir minimieren, indem wir nachts marschieren", sagt Generalleutnant Martin Schelleis.

Über das Großmanöver "Defender 2020" informieren Schelleis und sein US-Kollege, Generalmajor Andrew Rohling, in der Julius-Leber-Kaserne in Berlin. Richtig sichtbar würden die Truppenbewegungen in Deutschland ab Ende Februar. Es ist eine amerikanische Übung zusammen mit 18 NATO-Partnerländern. Rohling betont, man richte sich nicht gezielt gegen irgendein Land, sondern es gehe vor allem um einen Test strategischer Bereitschaft, darum, wie man auf eine Krise reagieren könnte. Immerhin proben die USA das aber vor allem im Osten der NATO.

Und ja, der Blick auf Russland habe sich geändert, sagt Schelleis: "Russland hat gezeigt, dass es willens ist, Grenzen in Europa mit militärischer Macht zu verschieben - durch die Annexion der Krim. Und das hat viele NATO-Mitglieder, insbesondere unsere östlichen Nachbarn, in Alarmzustand versetzt."

Dennoch oder gerade deswegen: Transparenz ist ein Wort, das häufig bei dieser Pressekonferenz fällt. Militärbeobachter sollen dazu beitragen. Eingeladen wird teils auf freiwilliger Basis, so handhabt es Deutschland und teils, weil eine entsprechende Truppenstärke überschritten wird. Das ist etwa in Polen der Fall.

Möglichen Demonstrationen blicken die Macher gelassen entgegen. "Das ist ja auch das gute Recht, seine abweichende Meinung bei uns zu äußern. Dafür stehen wir und dem dient letztendlich auch diese Übung. Solange Protest im Rahmen des Rechtes passiert und legitim stattfindet, haben wir überhaupt kein Problem damit", erklärt Schelleis.

Nachricht H

[Nachrichtenwert: 3]

Nachricht H – Punktwertung

Nachrichtenwert: 3
(Grundwert 1 + viele
Menschen betroffen 1 +
geographische und kulturelle
Nähe 1)

keine weiteren
Multiplikatoren

Rechtspopulist Bolsonaro gewinnt Wahl in Brasilien

Die Brasilianer haben den ultrarechten Ex-Militär Jair Bolsonaro zum neuen Präsidenten gewählt. Seine Anhänger hoffen auf ein Ende der Korruption. Seine Gegner befürchten einen Angriff auf die noch junge Demokratie und eine Welle von Hassverbrechen.

Der ultrarechte Politiker Jair Bolsonaro ist am Sonntag nach Auszählung von 92 Prozent der abgegebenen Stimmen mit 55,6 Prozent zu Brasiliens neuem Präsidenten gewählt worden. Für seinen linken Herausforderer Fernando Haddad des Partido dos Trabalhadores (PT) entschieden sich 44,4 Prozent der wahlberechtigten Brasilianer. Damit bestätigt sich, was Meinungsumfragen seit Wochen vorausgesagt haben. Bolsonaros Vorsprung auf Haddad war jüngst aber um 8 bis 10 Prozentpunkte geschrumpft. Kaum waren die ersten Resultate veröffentlicht, ging in Rio de Janeiro ein Hupkonzert los.

Der frühere Militär Bolsonaro reitet angesichts von Wirtschaftskrise, Korruptionsskandalen und zunehmender Gewalt seit Monaten auf einer Popularitätswelle. Der 63-Jährige präsentiert sich als sauberer Anti-Establishment-Kandidat und verspricht mit harter Hand Recht und Ordnung wiederherzustellen. Dafür will er die Bürger bewaffnen und der Polizei mehr Rechte einräumen. Seine abfälligen Bemerkungen gegenüber Frauen, Homosexuellen oder Schwarzen haben immer wieder für Diskussionen gesorgt.

Bolsonaro profitiert von der Unpopularität des PT. Für viele Brasilianer ist die Partei, welche das Land während 13 Jahren regiert hat, unwählbar geworden. Deren Kandidat Haddad war zudem erst im September als Ersatzmann für den inhaftierten Luiz Inácio Lula da Silva aufgestellt worden.

Nachricht I

[Nachrichtenwert: 2]

Nachricht I – Punktwertung

Nachrichtenwert: 2
(Grundwert 1 + viele
Menschen betroffen 1)

keine weiteren
Multiplikatoren

Obdachlosigkeit

Tausende leben auch im Winter auf der Straße

Bildungsstadt - Unerschwingliche Mieten, überfüllte Notunterkünfte: Auch im Winter schlafen viele Menschen auf der Straße. Das Bundesland unterstützt 20 besonders betroffene Kommunen mit einem Vorbeugeprogramm.

Nach Einschätzung der Caritas leben bundeslandweit rund 5000 Obdachlose zeitweise oder ganz auf der Straße. Die Lage verschärfe sich weiter wegen der angespannten Lage auf dem Wohnungsmarkt, sagte der Vorstand der katholischen Bundesarbeitsgemeinschaft Wohnungslosenhilfe, Andreas Sellner vom Caritasverband. Die Landesregierung gehe die Problematik mit ihrer Initiative „Endlich ein Zuhause“ an.

Nach der Wohnungslosenstatistik des Landes sind im Sommer 2018 über 44 000 Menschen ohne eigene Wohnung in Notunterkünften von Kommunen und von freien Trägern untergebracht worden. Das sind nach Angaben des Landes 37,6 Prozent mehr als im Vorjahr - darunter auch wohnungslose Geflüchtete mit einem gesicherten Aufenthaltsstatus.

Da immer weniger bezahlbarer Wohnraum zur Verfügung stehe, seien die Notunterkünfte oft überfüllt, sagte Sellner. Bei jedem weiteren Wohnungsverlust landeten finanziell schwache Betroffene dann auf der Straße, sagte Sellner.

Nachricht J

[Nachrichtenwert: 2]

Nachricht J – Punktwertung

Nachrichtenwert: 2
(Grundwert 1 +
geographische Nähe 1)

Multiplikatoren:

regionaler Bezug:

Regionalzeitung: x2

Abschiebung während der Geburt: Polizei holt Vater aus Krankenhaus

Was für eine Vorstellung! Die Frau liegt in den Wehen, der werdende Vater wird in Handschellen aus der Geburtsstation abgeführt – er soll in der Nacht abgeschoben werden.

Bildungsstadt - Er wollte seiner Frau bei der Geburt ihres gemeinsamen Kindes beistehen, als plötzlich acht uniformierte Polizeibeamte in der Geburtsstation auftauchten und den werdenden Vater abführten, um ihn abzuschicken, wie die „Thüringer Allgemeine“ berichtet. Vom Flughafen Frankfurt sollte der Mann, der von der Elfenbeinküste stammt, nach Italien abgeschoben werden. Mitten in der Nacht. Während seine Frau mit Wehen im Krankenhaus liegt.

„Dass so etwas in unserem Land möglich ist, schockiert mich. Den Behörden war bekannt, dass das junge, traditionell verheiratete Paar ein gemeinsames Baby erwartet und es lag sogar eine vorgeburtliche Vaterschaftsanerkennung vor“, erklärt Gertraud Jermutus von der Caritas Sozialberatung in Bildungsstadt gegenüber der Internetseite „Migazin“.

Nachricht K

[Nachrichtenwert: 2]

Nachricht K – Punktwertung

Nachrichtenwert: 2
(Grundwert 1 +
geographische Nähe 1)

Multiplikatoren:

reißerisch:

Boulevard x 2
Politmagazin x 0,5

regionaler Bezug:

Regionalzeitung: x 2

Bildungsstädter Antänzer klaut Handys – doch da gerät er an die falschen Opfer

Keine neue Masche, aber eine noch immer häufig benutzte: Ein Mann (25) wird in der Nacht zu Sonnabend an der Goethestraße von einem Fremden angetanzt. Was er nicht bemerkte: Der Dieb greift nach seinem Handy. Doch die Sache geht nicht gut für den Dieb aus.

Der 25-Jährige wusste noch gar nicht, dass sein Handy weg war, als der Typ, der ihn gerade angetanzt hatte, erneut bei einem Mann stand und vor ihm die Hüften kreisen ließ. Was er aber jetzt sah: Der Tänzer griff unerkannt in die Taschen des Angetanzten (31), erbeutete so Geldbörse und Handy.

Doch diesmal bemerkte das Opfer sein Vorhaben, hielt den Täter fest, bevor er flüchten konnte. Der 25-Jährige eilte dem Mann zu Hilfe, zusammen fixierten sie den Langfinger am Boden. Dabei fielen nicht nur die von ihm gestohlenen Gegenstände aus der Tasche, sondern auch ein weiteres Handy.

Die Polizei nahm den 22-Jährigen fest. Später kam er in U-Haft.

Nachricht L

[Nachrichtenwert: 2]

Nachricht L – Punktwertung

Nachrichtenwert: 2
(Grundwert 1 +
geographische Nähe)

Multiplikatoren:

reißerisch:

Boulevard x 2
Politmagazin x 0,5

regionaler Bezug:

Regionalzeitung: x 2

Rebellenangriffe im Ostkongo – Todeszahl steigt auf 37

Im Kongo haben islamistische Rebellen offenbar mehrere Dörfer verwüstet und dabei viele Menschen getötet. Als die staatlichen Streitkräfte in die Region kamen, waren die Angreifer bereits verschwunden.

Die Zahl der Toten bei zwei Rebellenangriffen im Osten des Kongos ist einer Organisation zufolge auf 37 gestiegen. Eine Gruppe mutmaßlicher Kämpfer der Islamistenmiliz ADF griff in der Nacht zum Mittwoch mehrere Dörfer nördlich der Stadt Beni an. Das teilte die örtliche Menschenrechtsorganisation Cepadho mit. Sie seien von Tür zu Tür gegangen und hätten Menschen getötet sowie Häuser geplündert. Die Kämpfer zogen sich demnach zurück, bevor die Streitkräfte die Dörfer erreichten. Sechs Menschen seien schwer verletzt worden. Eine weitere Gruppe von ADF-Kämpfern tötete zudem laut der Organisation in einem nahe gelegenen Ort einen Pastor. Zuvor war die Rede von 15 Toten bei den Angriffen gewesen.

Der Osten des Kongos ist seit Jahren instabil. Etliche bewaffnete Gruppen sind dort aktiv, den meisten geht es um die Kontrolle wertvoller Bodenschätze. Immer wieder greift vor allem die radikal-islamistische ADF Menschen an. Ende Oktober begannen die Streitkräfte eine Offensive gegen die Milizen in der Region. Seitdem hat die ADF nach Angaben von Cepadho fast 300 Zivilisten getötet. Jüngst kam es zu teilweise gewalttätigen Protesten von Zivilisten in mehreren Orten wegen der andauernden Unsicherheit.

Nachricht M

[Nachrichtenwert: 2]

Nachricht M – Punktwertung

Nachrichtenwert: 2
(Grundwert 1 + viele
Menschen betroffen 1)

keine weiteren
Multiplikatoren

Argentinien

Küstenwache versenkt chinesisches Fischerboot

Buenos Aires: Die argentinische Küstenwache hat nach eigenen Angaben ein chinesisches Fischfangschiff im Südatlantik innerhalb der 200-Meilen-Grenze versenkt. Die Besatzung sei gerettet worden, teilte die Küstenwache am Dienstag mit.

Das 66 Meter lange Schiff „Lu Yan Yuan Yu 10“ sei am Sonntag von einem Schiff der argentinischen Küstenwache beim illegalen Fischfang vor der Küste Patagoniens erwischt worden und habe mehreren Anweisungen zum Beidrehen nicht Folge geleistet.

Stattdessen habe das chinesische Schiff versucht, das Küstenschutzboot zu rammen und in internationale Gewässer zu entkommen. Daraufhin sei am Montag zunächst vor den Bug geschossen worden. Als sich das Fischfangschiff auch dadurch nicht stoppen ließ, sei das Schiff beschossen und versenkt worden. Ein Video der Küstenwache zeigt das Schiff mit Schlagseite.

Die meisten Besatzungsmitglieder des chinesischen Schiffes seien von einem anderen chinesischen Fischfangschiff übernommen worden. Nur der Kapitän und vier weitere Besatzungsmitglieder wurden nach diesen Angaben von den Argentinern aus dem Meer gerettet.

Nachricht N

[Nachrichtenwert: 1]

Nachricht N – Punktwertung

Nachrichtenwert: 1
(Grundwert 1)

keine weiteren
Multiplikatoren

Mexiko hinderte Hunderte Zentralamerikaner an Grenzübertritt

Mexikanische Sicherheitskräfte haben erneut Hunderte Migranten aus Zentralamerika daran gehindert, illegal ins Land zu gelangen. Die Migranten waren am Montag durch den Suchiate-Fluss gewatet, der die natürliche Grenze zwischen Mexiko und Guatemala bildet.

Die mexikanische Nationalgarde feuerte mit Tränengas auf die Migranten, von denen die meisten daraufhin umkehrten, wie Reporter der Nachrichtenagentur AFP beobachteten. Aus der Menschenmenge heraus wurden die Sicherheitskräfte mit großen Steinen beworfen. Die Nationalgardisten verbargen sich hinter Schutzschilden. Rund 200 Migranten gelang es, den von den Sicherheitskräften gebildeten Riegel zu durchbrechen oder umgehen. Sie wurden aber nach Angaben der mexikanischen Behörden später festgenommen.

Ein AFP-Reporter sah, dass große Gruppen von Migranten in Busse verladen wurden. Einige weigerten sich zunächst, die Busse zu besteigen, und versuchten zu fliehen. Sie wurden aber festgehalten und zum Besteigen der Busse gezwungen. Bereits am Wochenende war es am Suchiate-Fluss zu Konfrontationen zwischen den mexikanischen Sicherheitskräften und Migranten gekommen. Dabei wurden rund 1.500 Zentralamerikaner an der illegalen Einreise gehindert.

Die Migranten gehören zu einer größeren Gruppe von etwa 3.000 Menschen, die sich in den vergangenen Tagen in der Stadt San Pedro Sula im Norden von Honduras versammelt hatten. Von dort brechen seither immer wieder Gruppen Richtung USA auf. Die vor allem aus Honduras stammenden Migranten fliehen vor Gewalt und Armut in dem zentralamerikanischen Land.

Nachricht O

[Nachrichtenwert: 2]

Nachricht O – Punktwertung

Nachrichtenwert: 2
(Grundwert 1 + viele Menschen betroffen 1)

keine weiteren
Multiplikatoren

Waffenrecht - Mehr Waffen, mehr Sicherheit?

Von MAXIMILIAN KÜSTERMANN

Jüngst forderte die Vizevorsitzende der AfD, Beatrix von Storch, man solle das Waffengesetz lockern, um für mehr Sicherheit der eigenen Bevölkerung zu sorgen. "Angela Merkel ist gerade dabei, unser Land nachhaltig zu destabilisieren. Ein denkbar schlechter Zeitpunkt, das Waffenrecht zu verschärfen", erklärte sie.

Ähnliche Forderungen kennt man aus den USA, dem Land mit den meisten Feuerwaffen in Privatbesitz. Dunkelziffer unbekannt. Nach dem Grundschulmassaker 2012 in Newton ließ die National Rifle Association verlauten: "Der einzige Weg, einen bösen Kerl mit Waffe zu stoppen, ist ein guter Kerl mit Waffe", so der NRA-Vizepräsident Wayne LaPierre. Also seien mehr Waffen ein Garant für mehr Sicherheit und Frieden.

Dieses Argument, das vielen Menschen hierzulande unsinnig erscheinen mag, ist das gängige Narrativ in der Debatte um die Verschärfung des US-amerikanischen Waffengesetzes. Es stellt sich also die Frage, ob dies entgegen intuitiver Vermutungen stimmt. Eine Reihe wissenschaftlicher Studien gibt darüber Aufschluss.

David Hemenway, Professor für Gesundheitspolitik an der Universität Harvard, erforscht die gesellschaftlichen und gesundheitlichen Folgen von privatem Waffenbesitz in den USA. Gemeinsam mit Matthew Miller, Professor für Gesundheitswissenschaften und Epidemiologie in Harvard und Boston, publizierte Hemenway im Jahr 2000 die Studie "Firearm Availability and Homicide Rates across 26 High-Income Countries", in der sie den Zusammenhang zwischen der Anzahl privater Schusswaffen und der Häufigkeit von Tötungsdelikten untersuchten.

Dafür erhoben sie Daten von 26 Ländern und kamen zu dem Ergebnis, dass ein statistisch signifikanter Zusammenhang zwischen der Anzahl von in Privatbesitz befindlichen Feuerwaffen und der Häufigkeit tödlicher Schussverletzungen besteht. Selbst unter Ausschluss des Ausreißers USA, dem Land mit den meisten Schusswaffen und den meisten Todesopfern durch Schussverletzungen, konnte eine signifikante Korrelation festgestellt werden.

Das heißt: Wo es mehr Schusswaffen gibt, gibt es auch mehr Schusswaffentote. Darüber hinaus entdeckten die beiden Wissenschaftler, dass Menschen mit einer Schusswaffe in den eigenen vier Wänden, wahrscheinlicher Opfer einer solchen werden. Dies steht konträr zu der Annahme, Schusswaffen erhöhten die Sicherheit ihres Besitzers.

Eine Bostoner Gruppe von Wissenschaftlern untersuchte wiederum den Zusammenhang zwischen Waffengesetzen und Tötungsdelikten mit Schusswaffen. Sie kamen zu dem Ergebnis, dass es mehr Opfer von Schusswaffen gibt, wo das Waffengesetz liberaler, also weniger streng ist.

Insgesamt zeigt eine Vielzahl wissenschaftlicher Studien, dass privater Waffenbesitz nicht zu mehr Sicherheit führt – gemessen am Risiko, Opfer einer Schusswaffe zu werden. Im Gegenteil, mehr Waffen tragen zu höheren Opferzahlen bei. Ob es in Deutschland ein gesteigertes Interesse gibt, sich zu bewaffnen, hängt wohl maßgeblich davon ab, inwiefern es einer Partei wie der AfD gelingt, die Ängste der Menschen zu schüren. Denn rein wissenschaftlich betrachtet ist privater Waffenbesitz ein Risikofaktor.

Nachricht P

[Nachrichtenwert: 2]

Nachricht P – Punktwertung

Nachrichtenwert: 2
(Grundwert 1 + viele Menschen betroffen 1)

Multiplikatoren:

komplex:

Boulevard x 0,5
Politmagazin x 2

Kandidaten für CDU-Vorsitz - Teamplayer gegen Einzelkämpfer

Die Spiele sind eröffnet, die Kandidatenliste fürs Erste geschlossen: Nordrhein-Westfalens Ministerpräsident Armin Laschet will CDU-Vorsitzender werden und tritt im Team mit Gesundheitsminister Jens Spahn an, der Vize-Vorsitzender werden soll. Das erklärten die beiden Politiker am Dienstagmorgen auf einer Pressekonferenz in Berlin.

Laschet und Spahn präsentierten sich – im Unterschied zu den beiden anderen Bewerbern – als Teamplayer. Immer wieder sprach Laschet von der Wichtigkeit des „Zusammenführens“ – ob es nun um die Gesellschaft, Ökologie und Ökonomie, Stadt und Land, Ost und West – oder eben um die CDU selbst ging. „Ich bedauere, dass nicht alle Kandidaten sich diesem Teamgedanken anschließen konnten“, stichelte Laschet gegen die Mitbewerber Merz und Röttgen. Spahn lobte den NRW-Ministerpräsidenten Laschet dafür, dass er „Liberale, Soziale und Konservative zusammenführen“ kann. Spahn selbst präsentierte sich als konservativen Teil des Doppel-Gespans, sprach von seiner Vision eines „weltoffenen Patriotismus“, der „Heimat, Familie und Tradition“ wertschätzt.

Nur wenige Minuten später trat dann Friedrich Merz vor die versammelte Journalistenschar. „Wir haben die Wahl zwischen Kontinuität und Aufbruch und Erneuerung“, erklärte Merz. Er stehe für den Aufbruch. „Es geht nicht so weiter wie bisher“, so Merz.

Im Kontrast zu Laschet und seinem Mantra des Zusammenführens präsentierte Merz sich als Weichensteller für Deutschland, das man bei Bildung, Rente und Digitalisierung „fit für das 21. Jahrhundert“ machen müsse. Zwar sprach sich Merz außenpolitisch ähnlich wie Laschet für „mehr Europa“ aus, gleichzeitig wählte er deutliche Worte bezüglich des Grenzschutzes: Die Außengrenzen müssten ausreichend geschützt werden. Wenn die EU im Falle einer neuen Flüchtlingskrise die Grenzen nicht schützen könne, müsse „die territoriale Integrität der Bundesrepublik geschützt werden.“

Merz setzte in seinem Auftritt konservativere Akzente: Eine seiner ersten Aufgaben sieht er darin, ehemalige enttäuschte Mitglieder – er sprach von 100.000 bis 150.000 - zur CDU zurückfinden. Liberale und konservative Wähler müssten wieder eine Heimat in der CDU haben. „Wir müssen die Wähler auf beiden Seiten gewinnen. Wir müssen uns mit den Grünen streiten, wie wir den Klimawandel lösen wollen. Wir müssen Ökologie und Ökonomie miteinander verbinden. Gleichzeitig müssen wir die Konservativen wieder anbinden.“

Während Merz seine Kandidatur bekanntgab, rief sich per Twitter auch noch Norbert Röttgen in Erinnerung und brachte einen weiteren Farbtupfer in das nun eröffnete Kandidatenrennen: „Die zweite Person in meinem Team wird eine Frau sein“, schrieb Röttgen.

Nachricht Q

[Nachrichtenwert: 2]

Nachricht Q – Punktwertung

Nachrichtenwert: 2
(Grundwert 1 +
geographische Nähe 1)

Multiplikatoren:

komplex:

Boulevard x 0,5
Politmagazin x 2